

Dissoziation als Friedensstrategie?

Konturen eines Forschungsprogramms

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisensymptome liberaler Friedensstrategien entwickelt dieser Beitrag die Konturen eines Forschungsprogramms, das Krisen institutioneller Ordnungen und Prozesse der Dissoziation in den Blick nimmt. Es geht davon aus, dass das Ausscheren von Staaten aus institutionalisierten Ordnungen oft mit hohen Spannungen einhergeht. Die Aufgabe eines solchen Forschungsprogramms besteht folglich darin, die Dynamik derartiger Prozesse besser zu verstehen und zu prüfen, ob und wie sich Dissoziation weniger spannungsreich organisieren lässt.

1. Einleitung

Der Stand der Forschung zu Friedensstrategien weist eine Leerstelle auf. Gängige Friedensstrategien sind liberaler Provenienz, assoziativer Natur und auf die Transformation internationaler Beziehungen angelegt: Sie setzen darauf, dass sich Frieden durch immer höhere Raten an Austausch, immer engere Kooperationszusammenhänge und eine immer weitere Annäherung an geteilte zivilisatorische Standards erreichen lässt. Kooperative Verhaltensmuster, so ihre zentrale Annahme, stabilisieren sich umso mehr, je tiefer sie institutionalisiert werden. Der Fokus auf assoziative Friedensstrategien, also auf Strategien, die auf die Verbindung von Staaten durch internationale Institutionen setzen, ist einerseits verständlich. Denn solche Strategien wirken nicht nur auf den Modus des Konfliktaustrags, sondern versprechen, Konflikte zu überwinden und einen positiven Frieden zu schaffen. Andererseits ist diese Engführung sowohl problematisch als auch überraschend. Sie ist problematisch, weil assoziative Friedensstrategien bei einigen Konfliktlagen nicht zur Lösung beitragen, sondern Spannungen sogar erhöhen können. So würde die Bearbeitung von Konflikten zwischen den EU-Mitgliedstaaten in der Migrationspolitik durch eine Vertiefung der Integration und die Durchsetzung von Mehrheitsbeschlüssen zwar die europäische Handlungsfähigkeit erhöhen, würde aber aller Voraussicht nach auch den Widerstand gegen die Gemeinschaft bei einigen Mitgliedstaaten weiter verstärken. Die Engführung ist überraschend, weil bereits Gründungsväter der Friedensforschung wie Johan Galtung ([1971] 1981: 237) andeuteten, dass sich Frieden nicht nur durch assoziative, sondern auch durch dissoziative Strategien befördern lasse, also indem Beziehungen zwischen Staaten nicht vertieft, sondern gelockert werden. Die Grundidee ist einfach: In Situationen, in denen es Konfliktparteien nicht gelingt, sich aufeinander zuzubewegen, Gegensätze zu überwinden und so positiven Frieden zu schaffen, wollen dissoziative Frie-

denstrategien durch die konstruktive Gestaltung der Trennung und die Anerkennung von Differenz einen Zustand stabiler Koexistenz – einen „pluralen Frieden“ ermöglichen (Dembinski/Spanger 2017).

Dissoziation ist kein neues Phänomen, gewinnt aber aktuell zunehmend politische Bedeutung. Mit den Krisen der institutionalisierten liberalen Ordnung geraten Phänomene wie der Brexit, der Rücktritt der USA vom Pariser Klimaschutzabkommen, der Ausstieg bzw. Ausschluss Russlands aus dem Projekt einer gesamteuropäischen Friedensordnung, das Scheitern des türkischen EU-Beitrittsprozesses oder der Rückzug Kenias und anderer afrikanischer Staaten vom Rom-Statut des Internationalen Strafgerichtshofs in den Blick. Sie lassen ebenso wie länger zurückliegende Fälle solcher Prozesse, zum Beispiel das sowjetisch-chinesische Zerwürfnis in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, ahnen, dass ein pluraler Frieden als Endpunkt geglückter Dissoziation zwar ein gedeihliches Nebeneinander verspricht, dass dieses Ziel aber nicht immer erreicht wird und der Weg dorthin konfliktreich und oftmals destruktiv verläuft.

Im Folgenden sollen die Konturen eines Forschungsprogramms vorgestellt werden, das Dissoziation als den Ausstieg von Staaten aus institutionalisierten Ordnungen in den Blick nimmt. Wenn im Folgenden von Ordnung die Rede ist, geht es dabei weniger um *order as fact*, sondern eher um *order as value*, also um soziale Ordnungen, die erstrebenswerte Ziele und Werte bezeichnen (Albert et al. 2018: 3). Dieses Forschungsprogramm geht davon aus, dass Institutionen in Krisen geraten und assoziative Friedensstrategien scheitern können. Die Herauslösung von Staaten aus institutionalisierten Ordnungen kann zwar letztlich in stabiler Koexistenz resultieren, der Weg dorthin aber ist friedenspolitisch riskant. Die Aufgabe des Forschungsprogramms besteht daher darin, die Dynamik dissoziativer Prozesse besser zu verstehen und Vorschläge zu entwickeln, wie diese sich weniger spannungsreich organisieren lassen.

Um dieses Programm deutlicher zu konturieren, stellen wir – nach einem kurzen Blick auf die bisher spärliche Forschung zu dissoziativen Friedensstrategien – zunächst die Grundzüge assoziativer Friedensstrategien vor. In Auseinandersetzung damit entwickeln wir die Grundlagen dissoziativer Strategien, umreißen Eckpunkte des Forschungsprogramms und diskutieren zentrale Einwände. Dabei ist von vornherein festzuhalten, dass erfolgreiche Dissoziation keine umfassende Friedensstrategie ist. Sie verspricht nicht, Konflikte zu lösen und positiven Frieden zu schaffen, sondern bestenfalls Koexistenz zu stabilisieren. Angesichts des hohen Steuerungsbedarfs der globalisierten Welt ist ihr Angebot daher mager und sie taugt nur als Rückfalloption. Außerdem sieht sich ihr Zielpunkt – der plurale Frieden – zwei wichtigen Einwänden ausgesetzt: dass in einem solchen Frieden die eigenen Werte auf dem Altar der Kompromissuche mit normativ fragwürdigen Partnern geopfert würden und dass er kaum mehr sei als ein reiner Abschreckungsfrieden und Dissoziation daher die Bezeichnung Friedensstrategie nicht wirklich verdiene. Mit diesen Einwänden setzen wir uns am Ende auseinander.

2. Zum Stand der Forschung

Unter Dissoziation verstehen wir den Prozess, in dessen Verlauf sich Akteure von zuvor geteilten Regeln und Kernnormen einer Institution distanzieren. Die Institutionen verlieren in diesem Prozess zunehmend ihre Bindungswirkung bis hin zur vollständigen Herauslösung des betroffenen Akteurs aus der Institution. Als Friedensstrategie zielt Dissoziation auf die spannungsreduzierende Trennung von Konfliktparteien und damit auf einen pluralen Frieden, in dem Akteure friedlich koexistieren, ohne den jeweils anderen auf ihre Ordnungsvorstellungen verpflichtet zu wollen. Assoziative Friedensstrategien zielen dagegen auf die immer engere institutionelle Verflechtung von Konfliktparteien und die Schaffung eines positiven Friedens, in dem ehemalige Konfliktparteien gemeinsame Ordnungsvorstellungen anerkennen und ihre Beziehungen innerhalb dieser gemeinsamen Ordnung friedlich gestalten.

Dissoziation wurde bisher als Friedensstrategie nur selten ausbuchstabiert. In der Bürgerkriegsforschung thematisierte Chaim Kaufmann (1996; 1998) eine spezifische Form von Dissoziation. Er schlug vor, ethnische Konflikte durch demographische Separierung zu befrieden. Sein Argument: In Situationen schwacher Staatlichkeit gewannen ethnische Konflikte durch das Sicherheitsdilemma eine gewaltverschärfende Dynamik. In solchen Situationen seien assoziative und von außen durchgesetzte Friedensstrategien zum Scheitern verurteilt (Kaufmann 1998: 122-123). Obwohl einzelne Fallstudien die These stützen, dass Separation Gewalt reduzieren kann (vgl. etwa Downes 2001), stieß Kaufmann in der wissenschaftlichen Debatte auf heftigen Widerspruch (Kumar 1997; Sambanis 2000). An diese erste Kontroverse anschließend richtete die quantitativ orientierte Forschung den Blick auf die Faktoren, die das Gewaltniveau nach einer Sezession beeinflussen (Tir 2005; Chapman/Roeder 2007). Sie zeigte, dass die empirische Evidenz für eine positive Wirkung von Teilung schwach ist und auf einer angreifbaren Fallauswahl sowie problematischen Codierentscheidungen beruht (Sambanis/Schulhofer-Wohl 2009). In der politischen Debatte stieß Kaufmanns Vorschlag ebenfalls auf wenig Resonanz, auch wenn hin und wieder Teilungsvorschläge gemacht werden, etwa 2018 in Form eines Austausches des mehrheitlich albanisch bewohnten Presevo-Tals in Serbien gegen das mehrheitlich von Serben bewohnte Gebiet um Nord-Mitrovica im Kosovo. Ähnlich reserviert reagierte die Staatenwelt auf die in der völkerrechtlichen Literatur entwickelten Vorschläge, das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Souveränität sowie Nichteinmischung einerseits und nationaler Selbstbestimmung sowie Anerkennung von Sezession andererseits zugunsten letzterer neu zu vermessen (Oeter 1992).

In der Entwicklungsforschung machte in den 1970er Jahren in Lateinamerika mit der *Dependencia*-Theorie eine Dissoziationsstrategie Furore. Ihre ProtagonistInnen argumentierten, die Integration schwacher Ökonomien in den Weltmarkt führe zu strukturellen Abhängigkeiten. Um dieser Falle zu entgehen, plädierten sie für eine (temporäre) Abkopplung von den kapitalistischen Strukturen internationaler Inter-

dependenz und für eine autozentrierte Entwicklung.¹ Neben diesen beiden Strängen hat sich keine weitere Forschung zu Dissoziation als Friedensstrategie entwickelt. Stattdessen dominierten Ansätze, die darauf zielen, Konfliktparteien durch gemeinsame Institutionen eng miteinander zu verbinden, um so eine gemeinsame friedliche Ordnung zu etablieren. Diese werden im Folgenden kurz skizziert.

3. Assoziative Friedensstrategien

Im deutschsprachigen Raum setzt nach wie vor Ernst-Otto Czempiels Buch (1986) den Standard für die Auseinandersetzung mit Strategien zur Schaffung dauerhaften Friedens. Czempiel thematisiert mit dem Völkerrecht, der internationalen Organisation, dem Herrschaftssystem sowie dem wirtschaftlichen Austausch und der wirtschaftlichen Wohlfahrt vier Stränge von Friedensstrategien. Alle vier stehen in der Tradition des politischen Liberalismus. Zusätzlich hat die Forschung mit dem erstmals von Karl Deutsch et al. (1957) beschriebenen Frieden durch Kommunikation, der die Forschung zu Sicherheitsgemeinschaften begründete (Adler/Barnett 1998), eine weitere Friedensstrategie identifiziert.

Die Grundannahme dieser Strategien besteht darin, Positionsdifferenzen und Konfliktursachen ließen sich durch eine Erhöhung des Interaktionsniveaus und eine Vertiefung der institutionellen Beziehung abbauen oder so verändern, dass ein gewaltsamer Konfliktaustrag aus Sicht der Akteure immer unwahrscheinlicher wird. Der Begriff Interaktionsniveau bezeichnet hier die Summe der Kontaktpunkte und das Austauschvolumen von Gütern, Dienstleistungen, Informationen etc. Der Institutionalisierungsgrad von Beziehungen bezeichnet den Grad, zu dem die Beziehung zwischen den Akteuren durch geteilte Normen, Regeln und Verfahren strukturiert wird, die Verhaltensmuster vorschreiben, Handeln beschränken und Erwartungen formen (Keohane 1989: 3-4).

Der unterstellte Zusammenhang zwischen der Erhöhung von Interaktionsniveau und Institutionalisierungsgrad der Beziehung einerseits und der Sicherung von Frieden andererseits liegt bei der Strategie *Frieden durch Handel* auf der Hand: Je mehr Waren getauscht und grenzüberschreitende direkte Investitionen getätigt werden und je stärker der Austausch institutionalisiert wird und sich wechselseitige Erwartungen verfestigen, desto unwahrscheinlicher wird Gewalt und desto wahrscheinlicher also Frieden zwischen den Akteuren (Gartzke 2007). Offensichtlich gilt dieser Zusammenhang auch für die Strategie *Frieden durch Kommunikation*: Je verdichteter die Kommunikation und der Austausch und je verlässlicher die auf dieser Grundlage entstehenden wechselseitigen Erwartungen, desto stabiler der Frieden zwischen den Parteien. Er ist aber analog auch für die übrigen Friedensstrategien einschlägig. Zusammenfassend hängt bei diesen Strategien die friedensstiftende

1 Zur Rezeption dieser Ansätze in der deutschen Friedensforschung vgl. Senghaas (1974; 1978).

Leistung also von der immer dichteren Interaktion und der immer engeren Assoziation ab. Es gilt der Grundsatz: *the more the merrier*.

Allerdings wurde schon in der Interdependenzdebatte der 1970er Jahre darauf aufmerksam gemacht, dass stärkere Verflechtung zwischen Akteuren auch mehr Anlass für Konflikte zwischen ihnen bietet (z.B. Waltz 1970: 205; vgl. Mansfield/Pollins 2001: 837). Damit eine Erhöhung des Interaktionsniveaus und eine Vertiefung des Institutionalisierungsgrades tatsächlich friedensfördernd wirken kann, setzen die fünf Friedensstrategien daher noch auf einen zweiten kausalen Mechanismus. Sie gehen davon aus, dass sich die beteiligten Staaten mit der verstärkten Interaktion ähnlicher werden und sich einem gemeinsamen zivilisatorischen Ideal annähern, sodass Positionsdifferenzen entschärft werden, zumindest aber ein Ausbruch aus der institutionalisierten Kooperation verlässlich unterbleibt. In diesem Sinne sind die liberalen Friedensstrategien immer auch Transformationsstrategien.

Bei der Strategie *Frieden durch Demokratisierung* ist das offensichtlich. In ähnlicher Weise steht der kausale Mechanismus der Transformation auch im Zentrum der Strategie *Frieden durch Kommunikation*. Karl Deutsch ging ebenso wie die späteren Arbeiten zu Sicherheitsgemeinschaften davon aus, dass intensive Kommunikation einen Prozess sozialer Veränderung in Gang bringt, in dem sich die Identitäten der Parteien verändern, ein *sense of community* entsteht und ein gewaltsamer Konfliktaustrag zunehmend undenkbar wird (Adler/Barnett 1998).

Bei den drei anderen Friedensstrategien ist der kausale Mechanismus der Angleichung weniger offensichtlich, aber nicht weniger wichtig. Die Strategie *Frieden durch Handel* beispielsweise basiert auch auf der Annahme, dass sich mit dem Volumen des wirtschaftlichen Austauschs und der Institutionalisierung des Handels die Akteure ähnlicher werden und sich die Struktur ihrer Positionsdifferenzen verändert. Deutlich wird dies etwa bei den US-amerikanischen Diskussionen über den Beitritt Chinas zur World Trade Organization (WTO). Die amerikanische Zustimmung basierte auf der Erwartung, diese Vorleistung werde die Transformation Chinas zu einer Marktwirtschaft absichern, in der nicht nur die wirtschaftlichen, sondern sukzessive auch die politischen Rechte der MarktteilnehmerInnen gewährleistet sind und sich so der Charakter des politischen Systems wandelt (vgl. United States Trade Representative 2018: 6).

Gleiches gilt für die Strategie *Frieden durch internationale Organisation*. Die Friedenswirkung internationaler Organisationen beruht nach Auffassung institutionalistischer Forschung darauf, dass solche Organisationen die Interessenkalküle von Staaten auf Dauer verändern und so transformative Wirkung entfalten können. Das liegt zum einen daran, dass Organisationen und Institutionen die Kosten für regelkonformes Verhalten senken, für Regelverstöße erhöhen und Regeländerungen generell erschweren. Selbst Staaten, deren Interessen sich im Zeitverlauf so verändern, dass sie ohne Mitgliedschaft in der betreffenden Organisation zu konfrontativerem Verhalten übergehen würden, können durch die Organisation von solchem Verhalten abgehalten werden, weil die Kosten für das Ignorieren der gemeinsamen Regeln schlicht zu hoch sind (Pierson 2004). Werden innerhalb einer Organisation

internationale Bürokratien mit mehr Kompetenzen ausgestattet oder sogar Mehrheitsentscheidungen eingeführt, kann sich der transformative Effekt noch erhöhen, weil die institutionellen Regeln immer mehr von den Präferenzen des einzelnen Staates abweichen können (Vaubel 2006).

Außerdem sind internationale Institutionen nicht nur funktionale Arrangements, sondern auch soziale Strukturen (Young 1982: 277). Die konstruktivistische Variante des Institutionalismus hat im Kontext der Sozialisationsforschung diesen Aspekt besonders betont und das transformative Potential internationaler Institutionen intensiv beleuchtet. Sozialisationseffekte internationaler Institutionen können zu Isomorphismus, also einem Prozess der Angleichung von Organisationsformen (vgl. Meyer et al. 1997) führen bzw. zu einer allmählichen Angleichung der Identitäten der Mitgliedstaaten (vgl. Checkel 2005). Kurzum geht diese Forschung davon aus, dass sich ein friedensschaffender Effekt von internationalen Organisationen in dem Maße einstellt, in dem die Organisationen die Kalküle und Identitäten der Mitgliedsstaaten verändern und auf die Organisationsziele hin ausrichten.

Auf Transformation setzt schließlich auch die Strategie *Frieden durch Recht*. Das Völkerrecht ist mit einem zentralen Problem konfrontiert: Die internationale Rechtsetzung soll Kontroversen auflösen, bei denen sich die Konfliktparteien im Recht sehen, ist aber auf die Zustimmung der Konfliktparteien angewiesen (vgl. Besson 2016). Wie also kann das Völkerrecht dennoch eine eigenständige friedensstiftende Wirkung erzielen? Auch hier lautet die Antwort, es müsse durch eine Sphäre von Legitimität und daraus wachsender Bereitschaft zur Rechtsunterwerfung abgesichert sein, die es entweder erzeugen oder voraussetzen muss und die mit der Annahme, die Akteure seien mit einer starren Identität ausgestattet und verfolgten nur unabhängige Interessen, nicht vereinbar ist.

Die assoziativen Friedensstrategien setzen also durchweg auf Transformation durch gemeinsame Institutionen: Mit der Zunahme des Austausches und der Verflechtung bilden sich Institutionen heraus, die neben der funktionalen oder materiellen Dimension auch eine soziale Dimension aufweisen und so eine Transformation der PartnerInnen bewirken. In dem Maße, in dem sich die Staaten ähnlicher werden und sich Konflikte zwischen ihnen nicht nur managen, sondern Positionsdifferenzen überwinden lassen, entsteht stabiler Frieden. Dies entspricht dem Aufklärungs- und Fortschrittsoptimismus des Liberalismus, der davon ausgeht, mit den Menschenrechten und dem Bezugspunkt auf das Individuum über einen universellen Standard zu verfügen (vgl. Doyle 1997). Mit der Skepsis und den Einwänden gegen diesen Optimismus wird in gewisser Weise die Auseinandersetzung zwischen Idealismus und Realismus reproduziert, welche die erste Phase der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) prägte (Carr 1940).

4. Die Krise liberaler Friedensstrategien und Dissoziation

Dissoziative Strategien beruhen auf weniger optimistischen Annahmen. Sie gehen davon aus, dass sich die Interessen von Akteuren auch bei zunehmendem Aus-

tausch und fortschreitender institutioneller Verflechtung als unvereinbar und ihre Identitäten als starr erweisen können.

Die Skepsis gegenüber der Wandelbarkeit von Identitäten und Interessen durch Institutionen ist mittlerweile in der Forschung weit verbreitet (Dingwerth et al. 2019) und findet sich beispielsweise in Arbeiten zur Lokalisierung globaler Normen (vgl. Acharya 2009), zu hybriden und erstaunlich stabilen Herrschaftsformen zwischen Autokratie und Demokratie (Carothers 2002), zum Aufbau von Legitimitätsfassaden, mit denen Organisationen gegenüber ihrer Umwelt lediglich den Eindruck vermitteln, dass sie institutionalisierten Erwartungen entsprechen (Walgenbach/Meyer 2008: 51), zur Entkopplung von formalen Organisationsprinzipien und tatsächlichem Verhalten (Meyer/Rowan 1977) oder zu Mechanismen des Mimikry, d.h. der oberflächlichen und lediglich formalen Nachahmung politischer Strukturen (Jetschke/Lenz 2013). Diese Forschung weist darauf hin, dass Transformationsprozesse bemerkenswert oft nicht linear verlaufen, sondern unvollständig bleiben, sich umkehren oder zu nicht vorgesehenen Ergebnissen führen können. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, was passiert, wenn beim Dreischnitt von immer mehr Austausch, immer verbindlicherer Beziehungsstruktur und immer höherer Wertehomogenität die Annäherung stockt oder sich sogar als umkehrbar erweist.

Ein hilfreicher Ausgangspunkt zur Erörterung dieser Frage sind Überlegungen von Werner Link (1994), der Identitäten als relativ stabil begreift und der eine Beziehung zwischen dem Spannungsgrad eines Konfliktes und der Beziehungsstruktur zwischen Staaten herstellt. Anknüpfend an Kurt Singer begreift er Konflikte als eine Unterform des allgemeineren Phänomens Wettbewerb. Wettbewerbe spitzen sich dann zu Konflikten zu, wenn in einem Prozess der Polarisierung gemeinsame Interessen in den Hintergrund treten und unvereinbare Positionen handlungsleitend werden. Dadurch entstehe eine kritische Spannung, die die etablierte Beziehungsstruktur gefährdet. Diese Beziehungsstruktur wiederum versteht Werner Link (1979: 40) als Interaktionsmuster, das „das Handeln der Staaten limitiert und konditioniert, ebenso wie es umgekehrt von ihm geprägt wird“. Allerdings ließen sich zwischenstaatliche Spannungen durch eine Veränderung der Beziehungsstruktur wieder reduzieren (Link 1994: 104). In Anlehnung an Singer nennt Link vier Idealtypen einer solchen Entspannungspolitik: die Absenkung des Organisationsgrades der Beziehungsstruktur, die Erhöhung desselben, die kämpferische Beseitigung der Beziehungsstruktur und die Isolation. Die Erhöhung des Organisationsgrads entspricht assoziativen Strategien, die Beseitigung der Beziehungsstruktur setzt nicht auf friedliche Mittel. Die Reduzierung des Organisationsgrads der Beziehung (und ihre radikale Variante, Isolation) verweist dagegen auf die Möglichkeit dissoziativer Strategien.

Dissoziative Friedensstrategien gehen davon aus, dass eine Erhöhung der Spannungen nicht nur durch externe Schocks, sondern auch von einer „nicht-adäquaten Organisationsform“ (Link 1979: 40) oder Beziehungsstruktur ausgelöst werden kann. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn mit einer Beziehungsstruktur Erwartungen an die Akteure einhergehen, die eine größere Anpassung ihrer Interessen und Identitäten voraussetzen, als diese zu liefern in der Lage sind.

Staaten können sich aus verschiedenen Gründen in vertiefte Beziehungsstrukturen verstricken und sich dadurch einem Anpassungsdruck aussetzen, der sie auf Dauer überfordert. Aus Sicht eher rationalistischer Forschung können Pfadabhängigkeiten und hohe Kosten des Austritts zu solchen Situationen führen, aus Sicht eher konstruktivistischer Ansätze Sozialisationsmechanismen und die Rolle internationaler Organisationen als Modernisierungsanker (Ugur 1999). Beispielsweise entschieden sich die EU-Staaten bei der Einführung des Euro gegen die sogenannte *Krönungstheorie*, der zufolge die gemeinsame Währung der makroökonomischen Angleichung zu folgen habe. Stattdessen setzten sie auf die Hoffnung, dass die gemeinsame Währung zu makroökonomischer Angleichung führen werde. Derartige Beziehungsstrukturen greifen dem Wandel der Interessen und Identitäten voraus und sind für ihre Stabilität darauf angewiesen, dass dieser auch tatsächlich stattfindet.

Was aber geschieht, wenn diese Hoffnungen enttäuscht werden und institutionelle Erwartungen und Identitäten dauerhaft auseinanderklaffen? Die Forschung hat in den letzten Jahren insbesondere mit Blick auf die EU die Umstrittenheit internationaler Organisationen herausgearbeitet (Daase/Deitelhoff 2015) und mit dem Ineinander von Legitimitäts- und Performanzkrisen auf ein verwandtes Problem hingewiesen. Wenn die Heterogenität der Interessen und Identitäten der Mitgliedstaaten etwa durch Erweiterungen zunimmt bzw. infolge der Zählebigkeit von Identitäten nicht abnimmt, stolpern die auf Zustimmung ausgerichteten Institutionen schnell in eine Performanzkrise. Die Lücke zwischen institutionellen Erwartungen und interner Heterogenität lässt sich zwar durch institutionellen Zwang, zum Beispiel durch den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen, füllen. Allerdings kann diese Zunahme an institutioneller Autorität auf Kosten der Legitimität gehen. In der Folge verschärfen sich nicht nur Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten über die Ausgestaltung und Verteilungsmuster internationaler Organisationen (Zürn 2018: 96-98). Vielmehr öffnen sich neue gesellschaftliche Konfliktlinien in dem Maße, in dem internationale Organisationen durch nationale De- und internationale Re-Regulierung innergesellschaftliche Verteilungsmuster verändern (Hooghe/Marks 2018). Gleichzeitig wird durch Prozesse der Politisierung (Grande et al. 2016; Zürn 2018) die Legitimität internationaler Organisationen hinterfragt, womit diese weiter in die Krise geraten (Dinan et al. 2017).

Ein ähnliches Problem stellt sich, wenn Institutionen mit wenig Autorität ausgestattet sind, aber dennoch gemeinsame Wertevorstellungen repräsentieren und auf dieser Grundlage Erwartungen formulieren. In dem Maße, in dem Staaten und Gesellschaften anfangen, sich an diesen Erwartungen zu orientieren und in die institutionell vorgegebene Zukunft zu investieren, die Hürden für innerstaatlichen Wandel sich aber auf Dauer als zu hoch erweisen, geraten solche Institutionen in die Krise. Um dies am Beispiel der russisch-westlichen Beziehungen mit Blick auf die gesamteuropäische Sicherheit kurz zu illustrieren: Hier hatten beide Parteien mit der vorausgreifenden Vertiefung ihrer institutionellen Beziehung – durch die Pariser Charta, die Umwandlung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zur Organisation über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

(OSZE), den Beitritt Russlands zum Europarat, durch Russlands Kooperationsabkommen mit der EU und seine Assoziierung mit G-7 und NATO – wechselseitige Erwartungen darüber geschaffen, wie sie sich transformieren werden, sodass Streitfragen zwischen ihnen gemäß institutioneller Vorgaben gelöst werden können. Weil aber die Demokratisierung Russlands stecken blieb und die NATO ihren Charakter als kollektive Verteidigungsorganisation nur halbherzig abstreifte, Verhaltenserwartungen immer wieder enttäuscht wurden und Streitfragen nicht entsprechend institutioneller Vorgaben gelöst wurden, nahmen die Spannungen immer weiter zu, bis die Feder, um Putins Metaphorik zu nutzen, 2014 mit aller Härte zurücksprang.²

Ein großer Teil der Institutionenforschung erwartet, dass Staaten trotz der Konfliktfähigkeit des globalen Regierens erfolgreich um institutionelle Veränderungen ringen und die Umstrittenheit von Institutionen konstruktiv wenden. Es wird also auf zukünftige Erfolge der zunächst gescheiterten assoziativen Strategien gesetzt. Das Beispiel der russisch-westlichen (Nicht-)Kooperation wirft aber die Frage auf, ob es nicht Grenzen institutioneller Anpassungsfähigkeit gibt und ob nicht dissoziative Strategien in solchen Fällen erfolgversprechendere Wege zu dauerhaftem Frieden bieten. Solche Strategien zielen auf einen pluralen Frieden, in welchem beide Seiten friedlich koexistieren, ohne sich darüber hinausgehende gemeinsame Ziele zu setzen. Auch eine derartige Koexistenz beinhaltet Elemente einer Ordnung, allerdings einer dünneren als der vorher realisierten. Wie der plurale Frieden ausgestaltet ist, hängt von den Bedingungen des jeweiligen Falls ab. Dennoch lassen sich allgemeine Merkmale angeben. Neben dem Prinzip der normativen Toleranz entwickelt er Bestimmungen darüber, wie die früher eng verflochtenen Partner ihre nunmehr gelockerten Beziehungen organisieren. Bei weitgehender Dissoziation umfassen diese Bestimmungen nicht mehr als basale Normen wie die Nichteinmischung und die Unverletzlichkeit der Grenzen sowie Verfahren zur militärischen Vertrauensbildung. Schließlich will der plurale Frieden Kooperation in Bereichen gemeinsamer Interessen wieder befördern.

Ein zentrales Problem solcher Strategien ist allerdings die Frage, wie man das Ziel des pluralen Friedens tatsächlich erreichen und auch den Prozess dorthin friedlich gestalten kann. Denn die Dissoziation selbst, das Auseinanderbrechen institutionalisierter Ordnungen, kann äußerst spannungsreich, destruktiv und gewaltsam sein. Diese Spannungen haben ihre Ursache zwar in der fehlgeschlagenen Assoziation; sichtbar und bearbeitungsbedürftig werden sie aber im Prozess der Dissoziation. Es ist zu vermuten, dass die Probleme, die solche Prozesse mit sich bringen, von Fall zu Fall unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Zwar werden alle Trennungsprozesse durch erhöhte Spannungen charakterisiert sein. Das Spannungsniveau wird aber über Trennungsprozesse hinweg variieren und nicht nur von den Bedingungen der gescheiterten Assoziation, sondern auch vom Verhalten der Akteure während des Dissoziationsprozesses abhängig und damit beeinflussbar sein.

2 Address by President of the Russian Federation, 18.3.2014, <http://eng.kremlin.ru/news/6889>; 15.2.2019.

5. Das Forschungsprogramm: pluraler Frieden durch Dissoziation?

Die Idee, dass assoziative Strategien fehlschlagen, zu einer krisenhaften Polarisierung der Beziehungen führen und diese durch Dissoziation wieder entspannt und in einen pluralen Frieden überführt werden können, ist bisher kaum mehr als ein Desiderat, ein Forschungsprogramm, das ganz am Anfang steht. Um es zu umreißen, soll im Folgenden sein Einzugsbereich bestimmt, eine Heuristik zur Erklärung der durch Dissoziation hervorgerufenen Spannungen angedeutet und skizziert werden, wie die praxeologisch besonders wichtige Frage beantwortet werden kann, welchen Einfluss der Umgang mit Dissoziationsprozessen auf die mit ihnen einhergehenden Spannungen hat.

5.1 Den Einzugsbereich bestimmen

Dissoziation meint hier den Prozess, in dessen Verlauf sich Staaten von zuvor geteilten Regeln und Kernnormen einer Institution distanzieren, wodurch die Beziehungsstruktur oder der Grad der Institutionalisierung deutlich reduziert wird. Dissoziative Friedensstrategien zielen darauf, durch Dissoziation zu einem pluralen Frieden zu gelangen, in dem Konfliktparteien friedlich koexistieren, ohne sich auf weitergehende gemeinsame Ordnungsvorstellungen zu verpflichten. Wie angedeutet ist das Konzept des pluralen Friedens nur für bestimmte Fälle relevant, nämlich für solche, bei denen Projekte der politischen und sozialen Assoziation in die Krise geraten sind, und die beteiligten Staaten keinen Weg finden, um die Krise als Ausgangspunkt für einen assoziativen Neustart zu nutzen. Wann dieser Punkt erreicht ist, ist in der Praxis schwer zu bestimmen und die Entscheidung darüber müssen letztlich die politischen Akteure treffen. Beispiele für derartige Dissoziationsprozesse sind über die genannten Fälle hinaus das Ausscheren Kubas 1962 aus der amerikanisch-geprägten *Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)*, der Ausschluss Jugoslawiens aus dem Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) 1948 oder das Ausscheiden Irans aus einer westlichen Ordnung 1979. Aufgrund der Krise der liberalen Ordnung und weiter bestehender Positionsdifferenzen auch innerhalb der EU etwa über die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion ist zudem nicht auszuschließen, dass Dissoziation künftig an Bedeutung gewinnen könnte.

Diese Phänomene unterscheiden sich sowohl in Bezug auf die Qualität der vorausgegangenen Assoziation und die erbrachten Anpassungsleistungen als auch in Bezug auf die Politikfelder, auf denen diese Anpassungsleistungen erbracht oder erwartet wurden und in Bezug auf die Art der Dissoziation selbst. Hier reicht das Spektrum von der radikalen Auflösung der Beziehungsstruktur, wie sie etwa der Iran nach dem Sturz des Schahs vollzogen hat, über die Absenkung des Organisationsgrades, etwa die Aufgabe des EU-Beitrittsprozesses der Türkei bei Beibehaltung oder sogar Aufwertung der bestehenden Zollunion, bis zu bestimmten Formen alternativer Institutionenbildung. Sollte China die *New Development Bank* und die

Asian Infrastructure Investment Bank tatsächlich als Konkurrenz zu den Washingtoner Institutionen ausbauen, stünde dieses Vorgehen als Beispiel für eine solche Form von Dissoziation. Damit wird auch deutlich, dass wir solche Phänomene des Zerfalls oder der Distanzierung von internationalen Institutionen nicht als Dissoziation in diesem Sinne einordnen, bei denen die Institution aus Sicht ihrer Mitglieder ihren Zweck verloren hat.³

5.2 Spannungen verstehen

Dissoziation führt nicht notwendigerweise zu Frieden und verläuft auch nicht ohne Weiteres friedlich. Im Gegenteil – Dissoziationsprozesse können von unterschiedlich starken Spannungen zwischen den früheren PartnerInnen begleitet werden. Unter welchen Umständen Dissoziation mehr oder minder spannungsreich verläuft, ist allerdings bisher weitgehend ungeklärt. Denn, wie erwähnt, haben die IB und die Friedensforschung Prozesse institutioneller Dissoziation bisher weitgehend ignoriert.

In benachbarten Disziplinen wie der Sozialpsychologie ist die zunehmende Distanzierung zwischen PartnerInnen in einer Beziehung bis hin zu ihrer vollständigen Trennung dagegen intensiv untersucht worden. Nicht überraschend betont diese Forschung den schmerzhaften, konfliktreichen und oft destruktiven, ja traumatischen Charakter von Trennungen und Trennungsprozessen. Trotz weiterbestehender gemeinsamer Interessen gelinge Kooperation in solchen Situationen nur selten. Stattdessen neigten Individuen dazu, ihren früheren PartnerInnen negative Attribute zuzusprechen und sie im Trennungsprozess zu schädigen (vgl. Berscheid/Reis 1998: 251). In der Regel sind Trennungen, in denen die PartnerInnen vorher viel emotionales Kapital in die Beziehung investiert hatten, schmerzhafter und konfliktreicher als in Fällen, in denen die Beziehung eher von materiellen Interessen zusammengehalten wurde. Trennungen erzeugen die geringsten Spannungen, wenn beide PartnerInnen die Beziehung bereits emotional beendet hatten und es nur noch darum geht, die Erträge gemeinsamer Investitionen aufzuteilen (vgl. Grau 2002: 94).

Die Übertragung derartiger Einsichten auf die Beziehung zwischen organisierten Kollektiven ist – auch wenn gegenwärtig ein *emotional turn* in der IB konstatiert wird (Wolf 2012; Koschut 2015) – sicherlich nur begrenzt möglich. Dennoch lassen sie sich als Heuristik nutzen, um kausale Mechanismen und Unterschiede zu benennen, die für die Varianz des Spannungsniveaus bei zwischenstaatlichen Trennungsprozessen verantwortlich sein könnten. Wie eine Beziehung zwischen Individuen auch, erzeugt institutionalisierte Kooperation für die beteiligten Staaten Nutzen und

3 Tatsächlich sind Rücktritte und Austritte nicht selten. Von Borzyskowski und Vabulas (2018) zählen 200 Austritte aus Internationalen Organisationen seit 1954. Helfer (2005) berichtet von 1547 Rücktritten von multilateralen Verträgen im Zeitraum 1945-2004. Diese Austritte verlaufen oft geräuscharm und entsprechend wird die Literatur zu diesem Phänomen bisher von *rational choice*-Ansätzen dominiert (Shi 2018).

Anpassungskosten (inklusive innergesellschaftlicher Umverteilungseffekte) und weist eine über diese Kosten und Nutzen hinausgehende ideelle Dimension auf. Entsprechend ist zu vermuten, dass Spannungen stärker ansteigen, wenn durch die Dissoziation ideelle Werte gefährdet sind, als wenn es vorrangig um die Neuverteilung materieller Werte geht. Ob primär materielle oder ideelle Werte betroffen sind, hängt von der Art der in Frage stehenden Institutionen ab, aber auch davon, welche Dimension politische Akteure im Prozess der Trennung in den Vordergrund stellen.

Im Trennungsprozess werden sowohl die gesamtstaatlichen als auch innergesellschaftliche Kosten-Nutzen-Bilanzen relevant. Wenn Institutionen die Verteilung materieller Güter regulieren, sind im Dissoziationsprozess Verteilungskonflikte wahrscheinlich, etwa über die Aufteilung früherer Investitionen oder gemeinsamer Verpflichtungen – die *Abschlussrechnung* des britischen EU-Austritts ist das beste Beispiel. Solche Verteilungskonflikte nehmen an Schärfe zu, wenn die früheren PartnerInnen im Prozess der Dissoziation zuvor beschlossene Regelwerke über die Verteilung von Kooperationsgewinnen nicht mehr anerkennen und einseitige Vorteile erzielen wollen. Spannungen können steigen, weil beide Seiten unilaterale Strategien zur Maximierung ihres Vorteils einsetzen. Negative Kopplungen, eine Polarisierung der Beziehungen und eine *Versicherheitslichung* ökonomischer Konflikte können die Folge sein. Geht es neben der Verteilung materieller Kosten auch um normative Güter, wie etwa beim Ausstieg aus einer Sicherheitsgemeinschaft, die auf geteilten Werten aufbaut, könnten die resultierenden Spannungen sogar noch ansteigen. Denn dann stünde die gemeinsame Identität infrage, würde das Verhalten des Austretenden von den früheren PartnerInnen an den vereinbarten Normen gemessen und als Verrat bewertet und könnten Abgrenzungs- und Ingroup-Outgroup-Mechanismen die Spannungen erhöhen. Aus früheren PartnerInnen können so schnell VerräterInnen werden, die es zu bestrafen gilt, und mit denen sich Kooperation selbst dann verbietet, wenn es gemeinsame Interessen gibt.

Auch die Umverteilung von Kosten und Nutzen auf innergesellschaftlicher Ebene kann Spannungen erhöhen. Denn ebenso wie bestehende Institutionen gesellschaftliche GewinnerInnen und VerliererInnen produzieren, wird die Dissoziation die materiellen und ideellen Interessen einiger gesellschaftlicher Gruppen schädigen und die anderer fördern. Mit dem Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen schwinden beispielsweise die Gewinne exportorientierter Sektoren und verlieren ihre Investitionen an Wert. Gleichzeitig erhöhen sich die Gewinne der an Protektion interessierten Sektoren. Mit dem Ausstieg aus Wertegemeinschaften verlieren die gesellschaftlichen Gruppen, die sich mit diesen Werten identifizieren, einen Anker, während die Gruppen, die die Werte der früheren Gemeinschaft ablehnen, gestärkt werden. In dieser Situation können Regierungen versucht sein, die Widerstände und Proteste gesellschaftlicher VerliererInnen aufzufangen, indem sie die früheren PartnerInnen dämonisieren, Differenzen über die früher gemeinsamen Werte aufbauschen und in Abgrenzung zu den früheren PartnerInnen alternative Identitäten konstruieren. Auch solches Dissoziationsverhalten wirkt spannungsverschärfend.

Zusammenfassend kann also angenommen werden, dass die Stärke der Spannungen, die Dissoziationsprozesse aufweisen, zum einen mit der Qualität und der Art

der Auflösung der betroffenen Institution zu tun hat, zum anderen aber auch von der Art und Weise abhängt, wie die betroffenen Akteure mit der Dissoziation umgehen. Dissoziationsprozesse dürften dann besonders spannungsreich verlaufen, wenn nicht nur materielle Interessen zur Disposition stehen, sondern der Streit auch die früher gemeinsam geteilten Werte betrifft, und wenn wichtige Akteure die ideelle Dimension im Prozess der Dissoziation in den Vordergrund rücken.

5.3 Forschung organisieren

Angesichts des noch kaum vorhandenen Wissens über Dissoziationsprozesse und ihre Folgen muss Forschung in der ersten Phase explorativ angelegt sein und die praxeologisch besonders bedeutsamen Aspekte des Problems in den Mittelpunkt rücken. Anders als die Charakteristika von Institutionen, die von Dissoziationsprozessen betroffen sind, können politische Akteure die Art und Weise, wie sie mit konkreten Fällen von Dissoziation umgehen, direkt beeinflussen. Deswegen sollte in der ersten Phase besonders der Einfluss dieser Variable in den Blick genommen werden.

Dazu liegt es nahe, in detaillierten Prozessstudien systematisch ausgesuchter Fälle von Dissoziation den Effekt von unterschiedlichen Dissoziationsstrategien zentraler politischer Akteure auf das Spannungsniveau in den Beziehungen zwischen dem ausscheidenden Staat und den verbleibenden Staaten nachzuspüren. Die besondere Herausforderung, der sich solche Forschung stellen muss, liegt darin, den Effekt der Art und Weise, wie mit Dissoziation umgegangen wird, vom Einfluss anderer Variablen und Kontextbedingungen, zum Beispiel Geschichte und Charakteristika der betroffenen Institution, zu unterscheiden. Um vorschnelle Generalisierungen zu vermeiden und offen zu bleiben für alternative Erklärungen, käme es zum einen darauf an, den historischen und institutionellen Kontext angemessen zu berücksichtigen und kontrafaktische Überlegungen explizit zu machen, zum anderen durch die Fallauswahl der Bandbreite von Dissoziationsprozessen gerecht zu werden. Um den explorativen Charakter des Forschungsprogramms in seiner ersten Phase zu stützen, wären Fälle zu berücksichtigen, die unterschiedliche Typen von Dissoziation von der radikalen Abkopplung bis zum Aufbau von konkurrierenden Institutionen abbilden, die das unterschiedliche Integrationsniveau der vorangegangenen Assoziation widerspiegeln und die sich in ihrem historischen Kontext unterscheiden. Um Prozesse, in denen materielle Faktoren in den Mittelpunkt der Dissoziationsprozesse gerückt werden, von solchen zu unterscheiden, in denen die ideelle Ebene zentral ist, bietet sich vor allem die Analyse zwischenstaatlicher und innergesellschaftlicher Diskurse an. Für die Erhebung der Spannungen zwischen den Konfliktparteien und ihrer Veränderungen im Zeitverlauf bietet die Friedens- und Konfliktforschung Indikatoren an. Dabei kann die detaillierte Rekonstruktion historischer Dissoziationsprozesse und der durch sie ausgelösten Spannungen aufgrund der besseren Datenlage Kenntnisse erbringen, von denen durch einen Vergleich aktuellere und politisch relevante Fälle profitieren können.

6. Einwände

Ein Forschungsprogramm, das die Gestaltung von Dissoziationsprozessen in den Blick nimmt und pluralen Frieden als Ergebnis spannungsgeladener Distanzierungsprozesse für möglich hält, ist normativ nicht indifferent. Allerdings ließe sich Dissoziation nur dann als Friedensstrategie bezeichnen, wenn sich ihr Zielpunkt, das Miteinander normativer AntagonistInnen, tatsächlich als Frieden einstufen lässt. Gegen diese Zuschreibung lassen sich zwei Einwände ins Feld führen: der Vorwurf der moralischen Indifferenz und die Kritik, pluraler Frieden sei ein Oxymoron.

6.1 Ist der plurale Frieden moralisch indifferent?

Das Toleranzprinzip, das im Zentrum des pluralen Friedens steht, ist für westliche Staaten nicht bedingungslos zu akzeptieren. Daher muss der plurale Frieden als Option doppelt qualifiziert werden. Zum einen ist die Bereitschaft zu Toleranz anderer Ordnungsvorstellungen nicht gegenüber jedem politischen Regime vertretbar. Einen Vorschlag dazu, wo das Toleranzprinzip aus Sicht westlicher Staaten seine Grenzen finden sollte, hat etwa John Rawls (1999: 37) mit der Unterscheidung zwischen *well-ordered hierarchical societies* und *outlaw states* herausgearbeitet. Zum zweiten bedeutet Toleranz keineswegs, dass die Parteien eigene Normen und Werte infrage stellen müssten. Die Forderung autoritärer Regime, im Interesse der Kooperation habe Kritik an den inneren Zuständen in ihren Ländern zu unterbleiben, ist nicht hinnehmbar. Tatsächlich will auch der plurale Frieden die Chance auf Transformation normativ anderer Regime nicht aufgeben. Er will zwar die eigenen Werte weder mit Zwang durchsetzen noch zur Bedingung für die Möglichkeit der Kooperation machen. Er hofft aber, durch das eigene Beispiel die Chance auf inneren Wandel anderer Länder zu erhöhen. Der Austausch und die Aufrechterhaltung der Kooperation in den Bereichen, in denen dies möglich ist, dienen auch dazu, die eigenen Werte und die Vorteile der eigenen Organisationsformen grenzüberschreitend sichtbar zu machen. In diesem Sinne hat auch die Idee des pluralen Friedens liberale Wurzeln.

6.2 Ist der plurale Frieden ein Oxymoron?

Der zweite Einwand lautet, dass ein Zustand des Nebeneinanders normativer AntagonistInnen bestenfalls als fragiler Abschreckungsfrieden vorstellbar ist, der plurale Frieden daher das Prädikat Frieden gar nicht verdient. Ein kurzer Blick auf die Debatte um den Friedensbegriff zeigt jedoch, dass dieser Einwand nicht tragfähig ist.

Einigkeit besteht in der Forschung darüber, dass es Abstufungen von Frieden gibt, wenngleich umstritten ist, wie Unterschiede im Niveau des Friedens genau zu konzipieren sind. Auch wenn in der Forschung die von Johan Galtung vorgeschlagene Unterscheidung zwischen positivem und negativem Frieden mittlerweile weniger Zuspruch findet (Gleditsch et al. 2014), bemüht sie sich dennoch, unterschiedliche Niveaus des Friedens, verstanden als Abwesenheit organisierter physischer Gewalt, sichtbar zu machen. Jüngere Ansätze greifen hierzu oft auf drei Cluster von Faktoren zurück: Verhalten, Erwartungen und Identitäten (Kacowicz 1998; Kacowicz/Bar-Siman-Tov 2000:12). Goertz et al. (2016: 27) unterscheiden Friedensformen, die von der schweren Rivalität über die leichte Rivalität, den negativen Frieden, den warmen Frieden bis zur Sicherheitsgemeinschaft als höchster Stufe reichen. Lukas Kasten (2017: 41) schlägt einen sparsameren Friedensbegriff vor, der sich auf Verhalten und Erwartungen beschränkt und neben dem Krieg fünf Zustände des Nicht-Krieges unterscheidet. Sie reichen von der heißen Rivalität über die kalte Rivalität, den neutralen Frieden, den fortgeschrittenen Frieden bis hin zum starken Frieden. Diese Taxonomien erlauben eine Einordnung des pluralen Friedens. Wie oben angeführt, entschärft er durch Anerkennung und Abgrenzung die zentralen territorialen und normativen Konflikte, ermöglicht so eine Einigung auf handlungsleitende Prinzipien des Konfliktaustrags, schafft durch Rüstungskontrolle Transparenz und Erwartungsstabilität und ermöglicht Kooperation in Bereichen gemeinsamer Interessen. Damit fällt der plurale Frieden bei der Unterscheidung von Goertz et al. (2016) zwischen den negativen und den warmen Frieden und bei Kasten (2017) zwischen den neutralen und den fortgeschrittenen Frieden. Er ist zwar von den höchsten Friedenszuständen weit entfernt, die sich bei Kasten durch immer tiefere bilaterale Netzwerke von Beziehungen und durch starkes Vertrauen, bei Goertz et al. durch eine Sicherheitsgemeinschaft auszeichnen. Er ist aber noch weiter entfernt vom anderen Pol, dem Zustand der Rivalität.

7. Die Zukunft des Forschungsprogramms zur Dissoziation

Die Friedensforschung richtet den Blick bisher fast ausschließlich auf assoziative Friedensstrategien, die alle auch eine institutionelle Dimension aufweisen. Die Forschung zu Institutionen weiß zwar um die Umstrittenheit internationaler Organisationen, ignoriert aber das Auseinanderbrechen institutioneller Ordnungen weitgehend oder betrachtet Dissoziation lediglich als eine Form institutionellen Wandels. Dagegen versteht das hier vorgeschlagene Forschungsprogramm Dissoziation als friedenspolitische Herausforderung und Gestaltungsaufgabe. Das Auseinanderbrechen institutioneller Ordnungen kann, das zumindest legen Beobachtungen nahe, mit dramatisch erhöhten Spannungen einhergehen. Derartige Trennungsprozesse und die von ihnen ausgelösten Spannungen besser zu verstehen und Strategien zu entwickeln, wie sich Dissoziation konstruktiver gestalten und ein gedeihliches Nebeneinander arrangieren lässt, ist das Anliegen dieses Forschungsprogramms.

Literatur

- Acharya, Amitav 2009: *Whose Ideas Matter? Agency and Power in Asian Regionalism*, Ithaca, NY.
- Adler, Emmanuel/Barnett, Michael (Hrsg.) 1998: *Security Communities*, Cambridge, MA.
- Albert, Mathias/Deitelhoff, Nicole/Hellmann, Gunther 2018: *Ordnung und Regieren in der Weltgesellschaft. Ein Problemaufriss*, in: Albert, Mathias/Deitelhoff, Nicole/Hellmann, Gunther (Hrsg.): *Ordnung und Regieren in der Weltgesellschaft*, Wiesbaden, 1-20.
- Berscheid, Ellen/Reis, Harry T. 1998: *Attraction and Close Relationships*, in: Gilbert, Daniel T./Fiske, Susan T./Lindzey, Gardner (Hrsg.): *The Handbook of Social Psychology*, Band 2, 4. Auflage, Boston, MA, 193-281.
- Besson, Samantha 2016: *State Consent and Disagreement in International Law Making. Dissolving the Paradox*, in: *Leiden Journal of International Law* 29: 2, 289-316.
- Carothers, Thomas 2002: *The End of the Transition Paradigm*, in: *Journal of Democracy* 13: 1, 5-21.
- Carr, Edward H. 1940: *The Twenty Years' Crisis, 1919-1939. An Introduction to the Study of International Relations*, London.
- Chapman, Thomas/Roeder, Philip G. 2007: *Partition as a Solution to Wars of Nationalism. The Importance of Institutions*, in: *American Political Science Review* 101: 4, 677-691.
- Checkel, Jeffrey T. 2005: *International Institutions and Socialization in Europe. Introduction and Framework*, in: *International Organization* 59: 4, 801-826.
- Czempiel, Ernst-Otto 1986: *Friedensstrategien. Systemwandel durch internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft*, Paderborn.
- Daase, Christopher/Deitelhoff, Nicole 2015: *Jenseits der Anarchie. Widerstand und Herrschaft im internationalen System*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 56: 2, 299-318.
- Dembinski, Matthias/Spanger, Hans-Joachim 2017: *Pluraler Frieden. Leitgedanken zu einer neuen Russlandpolitik*, Frankfurt a.M.
- Deutsch, Karl W./Burrell, Sidney A./Kann, Robert A./Lee, Maurice Jr./Lichterborn, Martin/Lindgren, Raymond E./Loewenheim, Francis L./Van Wagenen, Richard W. 1957: *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*, Princeton, NJ.
- Dinan, Desmond/Nugent, Neill/Paterson, William E. (Hrsg.) 2017: *The European Union in Crisis*, London.
- Dingwerth, Klaus/Witt, Antonia/Lehmann, Ina/Reichel, Ellen/Weise, Tobias (Hrsg.) 2019: *International Organizations under Pressure. Legitimizing Global Governance in Challenging Times*, Oxford.
- Downes, Alexander B. 2001: *The Holy Land Divided. Defending Partition as a Solution to Ethnic Wars*, in: *Security Studies* 10: 4, 58-116.
- Doyle, Michael W. 1997: *Ways of War and Ways of Peace. Realism, Liberalism, and Socialism*, New York, NY.
- Galtung, Johan [1971] 1981: *Theorien des Friedens*, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Kritische Friedensforschung*, 6. Auflage, Frankfurt a.M., 235-246.
- Gartzke, Eric 2007: *The Capitalist Peace*, in: *American Journal of Political Science* 51: 1, 116-191.
- Gleditsch, Nils P./Nordkvelle, Jonas/Strand, Havard 2014: *Peace Research. Just the Study of War?*, in: *Journal of Peace Research* 51: 2, 145-158.
- Goertz, Gary/Diehl, Paul F./Balas, Alexandru 2016: *The Puzzle of Peace. The Evolution of Peace in the International System*, Oxford.
- Grande, Edgar/Hutter, Swen/Kriesi, Hans-Peter (Hrsg.) 2016: *Politicizing Europe. Integration and Mass Politics*, Cambridge.
- Grau, Ina 2002: *Erleben und Verarbeiten von Liebeskummer*, in: *Zeitschrift für Psychologie* 210: 2, 87-98.
- Helfer, Laurence R. 2005: *Exiting Treaties*, in: *Virginia Law Review* 91: 7, 1579-1648.

- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary* 2018: Cleavage Theory Meets Europe's Crisis. Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage, in: *Journal of European Public Policy* 25: 1, 109-135.
- Jetschke, Anja/Lenz, Tobias* 2013: Does Regionalism Diffuse? A New Research Agenda for the Study of Regional Organizations, in: *Journal of European Public Policy* 20: 4, 626-673.
- Kacowicz, Arie M.* 1998: *Zones of Peace in the Third World. South America and West Africa in Comparative Perspective*, Albany, NY.
- Kacowicz, Arie M./Bar-Siman-Tov, Yaacov* 2000: Stable Peace. A Conceptual Framework, in: Kacowicz, Arie M./Bar-Siman-Tov, Yaacov/Jerneck, Magnus/Elgström, Ole (Hrsg.): *Stable Peace Among Nations*, Lanham, MD, 11-35.
- Kasten, Lukas* 2017: When Less Is More. Constructing a Parsimonious Concept of Interstate Peace for Quantitative Analysis, in: *International Studies Review* 19: 1, 28-52.
- Kaufmann, Chaim D.* 1996: Possible and Impossible Solutions to Ethnic Civil War, in: *International Security* 20: 4, 136-175.
- Kaufmann, Chaim D.* 1998: When All Else Fails. Ethnic Population Transfers and Partitions in the Twentieth Century, in: *International Security* 23: 2, 120-156.
- Keohane, Robert O.* 1989: *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*, Boulder, CO.
- Koschut, Simon* 2015: Macht der Gefühle. Zur Bedeutung von Emotionen für die sozialkonstruktivistische Diskursforschung in den IB, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 22: 3, 7-33.
- Kumar, Radha* 1997: The Troubled History of Partition, in: *Foreign Affairs* 76: 1, 22-34.
- Link, Werner* 1979: Überlegungen zum Begriff „Konflikt“ in den Internationalen Beziehungen. Versuch der Begriffsklärung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 20: 1, 33-50.
- Link, Werner* 1994: Überlegungen zu einer strukturellen Konflikttheorie, in: Krell, Gert/Müller, Harald (Hrsg.): *Frieden und Konflikt in den Internationalen Beziehungen*, Frankfurt a.M., 99-115.
- Mansfield, Edward D./Pollins, Brian M.* 2001: The Study of Interdependence and Conflict. Recent Advances, Open Questions, and Directions for Future Research, in: *Journal of Conflict Resolution* 45: 6, 834-859.
- Meyer, John W./Boli, John/Thomas, George/Ramirez, Francesco* 1997: World Society and the Nation State, in: *American Journal of Sociology* 103: 1, 144-181.
- Meyer, John W./Rowan, Brian* 1977: Institutionalized Organizations. Formal Structure as Myth and Ceremony, in: *American Journal of Sociology*, 83: 2, 340-363.
- Oeter, Stefan* 1992: Selbstbestimmungsrecht im Wandel. Überlegungen zur Debatte um Selbstbestimmung, Sezessionsrecht und „vorzeitige“ Anerkennung, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 52, 741-780.
- Pierson, Paul* 2004: *Politics in Time. History, Institutions, and Social Analysis*, Princeton, NJ.
- Rawls, John* 1999: *The Law of Peoples*, Cambridge, MA.
- Sambanis, Nicholas* 2000: Partition as a Solution to Ethnic War. An Empirical Critique of the Theoretical Literature, in: *World Politics* 52: 4, 437-483.
- Sambanis, Nicholas/Schulhofer-Wohl, Jonah* 2009: What's in a Line? Is Partition a Solution to Civil War?, in: *International Security* 34: 2, 129-156.
- Senghaas, Dieter* (Hrsg.) 1974: *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter* 1978: *Dissoziation und autozentrierte Entwicklung. Eine entwicklungspolitische Alternative für die Dritte Welt*, Frankfurt a.M.
- Shi, Mingtao* 2018: State Withdrawal From International Institutions. Changing Social Relations Within Divergent Institutions, in: *International Politics* 55: 2, 221-241.
- Tir, Jaroslaw* 2005: Dividing Countries to Promote Peace: Prospects for Long-Term Success of Partitions, in: *Journal of Peace Research*, 42: 5, 545-562.
- Ugur, Mehmet* 1999: *The European Union and Turkey. An Anchor/Credibility Dilemma*, Aldershot.

- United States Trade Representative* 2018: 2017 Report to Congress on China's WTO Compliance, Washington, D.C.
- Vaubel, Roland* 2006: Principal-Agent Problems in International Organizations, in: *Review of International Organizations* 1: 2, 125-138.
- Von Borzyskowski, Inken/Vabulas, Felicity* 2018: The Costs of Membership Withdrawal from Intergovernmental Organizations (Paper prepared for the Political Economy of International Organizations Conference, University of Wisconsin, 8-10 February 2018), Madison, WI.
- Walgenbach, Peter/Meyer, Renate* 2008: *Neoinstitutionalistische Organisationstheorie*, Stuttgart.
- Waltz, Kenneth N.* 1970: The Myth of International Interdependence, in: *Kindleberger, Charles P.* (Hrsg.): *The International Corporation. A Symposium*, Cambridge, MA.
- Wolf, Reinhard* 2012: Der „emotional turn“ in den IB. Plädoyer für eine theoretische Überwindung methodischer Engführung, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 5: 4, 605-624.
- Young, Oran R.* 1982: Regime Dynamics. The Rise and Fall of International Regimes, in: *International Organization* 36: 2, 277-297.
- Zürn, Michael* 2018: *A Theory of Global Governance. Authority, Legitimacy, and Contestation*, Oxford.